

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, wehrte Dame und Herren Regierungsräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Als der Regierungsrat in den Sommerferien sein Entlastungsprogramm vorgestellt hat, haben wir wohl alle leer geschluckt. Woher plötzlich dieser Sinneswandel? In vorherigen Sitzungen mit Finanzgeschäften war davon nie die Rede. Ein Sparpaket trotz einer Milliarde Reserve? Werden wir infolge höherem Ressourcenpotential dann nicht noch mehr in den NFA einzahlen müssen? Fragen über Fragen und in Teilen der zu Hause gebliebenen Zuger Bevölkerung wurde bereits über eine Regierungsrätliche Wahlkampfaktion gespöttelt.

Für Gerüchte und Spötteleien bleiben an den Stammtischen genügend Zeit, als Kantonsrat ist es an uns, die vom Regierungsrat aufgezeigte düstere Finanzentwicklung ernst zu nehmen und verantwortungsvoll mit den Kantonsfinanzen um zu gehen. Das vorliegende Strassenbauprogramm über acht Jahre ist mit dem heutigen Wissenstand über die vom Regierungsrat vorgelegten Sparmassnahmen nicht verkraftbar. Ein Blanko Check von 215 Millionen zu sprechen, finden die Alternativ-Grüne Fraktion mehr als Verantwortungslos. Es ist schwer nachvollziehbar, wieso diese Vorlage trotz allfälligen Wissen über ein mögliches Sparpaket, von der Baudirektion in der vorliegenden Form ausgearbeitet wurde. Bereits in der Kommission haben die Alternativ-Grünen den konstruktiven und finanzpolitisch verantwortungsvollen Antrag gestellt, das Strassebauprogramm auf maximal 4 Jahre zu beschränken und in dieser Zeit nur Projekte mit Priorität 1 anzupacken. Mit der Kenntnis des Sparpaketes sind die Alternativ-Grünen überzeugt, dass der Regierungsrat bei den hohen Ausgaben im Strassenbauprogramm nochmals über die Bücher muss und das Strassenbauprogramm im Sinne seines Entlastungsprogramms neu zu beurteilen hat. Dasselbe wird auch beim Spezialfinanzierungsfond Strassenbau und bei der Stadttunnelfinanzierung notwendig sein, wo die Alternativ-Grüne Fraktion seit Veröffentlichung der Vorlage fordert, dass mindestens ein Anteil von 75% via Spezialfinanzierungsfonds bezahlt wird und zur dessen Deckung die Fahrzeugsteuer erhöht werden soll. Ich bin mir sicher seit Anfangs Sommerferien teilen sie unsere Ansicht und bedanke mich für die Unterstützung und Rückweisung des vorliegenden Strassenbauprogramms.

Andreas Lustenberger, Alternativ-Grüne Fraktion

[andi.lustenberger@gmail.com](mailto:andi.lustenberger@gmail.com)

076 523 80 38